

A stylized map of Ghana composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific regions or data points.

Ghana will den Wandel

Sozialdemokratischer NDC kann bei den Wahlen nicht überzeugen

CHRISTOPHER FORST

Januar 2017

- Bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 7. Dezember 2016 haben der amtierende Präsident John Dramani Mahama und der von ihm angeführte sozialdemokratische National Democratic Congress (NDC) eine herbe Niederlage einstecken müssen. Wahlgewinner wurde Oppositionsführer Nana Addo Dankwa Akufo-Addo, dessen New Patriotic Party (NPP) zudem über eine stabile Mehrheit im Parlament verfügen wird. Trotz spürbarer Verunsicherung im Vorfeld der Wahlen verlief der Wahltag fast überall friedlich.
- Hohe Jugendarbeitslosigkeit, rückläufige Reallöhne und niedriges Wachstum haben das Vertrauen der Wähler_innen in den NDC erschüttert. Die zunehmende Abhängigkeit vom Internationalen Währungsfonds (IWF) infolge einer durch den allgegenwärtigen Klientelismus vorangetriebenen Schuldenfalle hat die Handlungsfähigkeit der Regierung eingeschränkt. Mahamas Partei hat es zudem nicht vermocht, eine glaubwürdige sozialdemokratische Vision zu vermitteln.
- Neben einem personellen Neuanfang werden frische programmatische Ideen nötig sein, um den NDC wieder attraktiv zu machen. Das Votum der Wähler_innen scheint sich dieses Mal offenkundig mehr an Themen und weniger an ethnischen und traditionellen Faktoren orientiert zu haben als in der Vergangenheit. Dies wird auch durch die Klarheit des Ergebnisses deutlich. Um für eine bessere Lebenssituation der breiten Bevölkerung zu sorgen, werden sich die Akteure aus allen politischen Lagern nun vom Klientelismus verabschieden und Ideen für beschäftigungsorientiertes Wachstum entwickeln müssen.

Der Ausgang der Wahlen war unerwartet deutlich. Prognosen im Vorfeld hatten ein Kopf-an-Kopf-Rennen vorhergesagt. Doch schon die ersten Ergebnisse nach Schließung der Wahllokale ließen eine überraschend klare Tendenz erahnen. Die Mehrzahl der stimmberechtigten Ghanaer_innen hat das Motto der bis dato oppositionellen New Patriotic Party (NPP) ernstgenommen und sich bei den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 7. Dezember 2016 für einen »Wandel« ausgesprochen. Bereits im ersten Wahlgang gaben knapp 54 Prozent der Wähler_innen dem Präsidentschaftskandidaten der NPP, Nana Addo Dankwa Akufo-Addo, ihre Stimme. Der bisherige Präsident, John Dramani Mahama, konnte nur etwas mehr als 44 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Im Parlament wird die NPP künftig voraussichtlich gar über 171 der 275 Sitze verfügen – für ghanaische Verhältnisse ein sehr eindeutiges Kräfteverhältnis.

Der Sieg der NPP ist in erster Linie auf eine tiefe Enttäuschung bezüglich der Regierungspolitik des National Democratic Congress (NDC) und des bisherigen Präsidenten zurückzuführen. Der sich als sozialdemokratisch bezeichnende NDC hat es in den vergangenen beiden Legislaturperioden verpasst, ausreichende sozialpolitische Reformen auf den Weg zu bringen, die Wirtschaft zu diversifizieren und die Abhängigkeit von internationalen Geldgeber_innen zu verringern. Die vermeintliche sozialdemokratische Identität des NDC wird von einem Großteil der Wähler_innen angezweifelt.

Wirtschaftliche Misere statt Boom

2011 lag das reale BIP-Wachstum in Ghana auf einem Rekordhoch von 14,05 Prozent. Ghana galt als Musterbeispiel für eine aufstrebende westafrikanische Wirtschaftsnation. Doch die optimistischen Erwartungen wurden enttäuscht. Seit 2014 werden nur noch Wachstumsraten um vier Prozent erzielt; die Inflationsrate beträgt derzeit 15,8 Prozent. Das momentane Wachstum muss als bei Weitem nicht ausreichend bezeichnet werden, selbst wenn rund vier Prozent aus mitteleuropäischer Perspektive vorzeigbar erscheinen. Die Reallöhne sind rückläufig.

Eine Staatsverschuldung von über 70 Prozent, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, tut ihr Übriges. Sie hat den NDC in die Arme des IWF getrieben und damit seine Handlungsfähigkeit gehemmt. Ein Hauptauslöser war zudem eine massive Erhöhung der Löhne im öffentli-

chen Sektor, die zum klar überwiegenden Teil den eigenen Unterstützer_innen zugute kam und somit als »Wahlgeschenk« betrachtet werden darf. Diese Praxis hatte bereits die NPP-Vorrängerregierung etabliert; der NDC scheint sie jedoch auf die Spitze getrieben zu haben. Darüber hinaus wurden 2015 auf Druck des IWF die Gebühren für Strom und Wasser drastisch angehoben, ein Einstellungsstopp verhängt und Kürzungen im öffentlichen Sektor vorangetrieben. Diese Schritte waren nötig, um einen Sonderkredit zu bekommen, führten jedoch dazu, dass der vermeintliche sozialdemokratische Anspruch des NDC weiter an Glaubwürdigkeit verlor.

Der Status des Landes als »*lower middle income country*« (Bruttonationaleinkommen pro Kopf von über 1.026 US-Dollar im Jahr) reicht vielen Ghanaer_innen nicht aus, zumal die Einkommen extrem ungleich verteilt sind und über 85 Prozent der Wirtschaftsleistung aus dem informellen Sektor stammen – eine prekäre Situation im Hinblick auf die soziale Absicherung weiter Teile der Bevölkerung. Vor allem viele Jugendliche sehen keine Perspektive: Laut Schätzungen der Weltbank ist fast jede_r Zweite zwischen 15 und 24 Jahren arbeitslos – und das in einem Land, in dem 60 Prozent der Bevölkerung jünger als 35 Jahre sind.

Die vor einem knappen Jahrzehnt entdeckten Ölvorkommen haben sich angesichts geringer Fördermengen und niedriger Weltmarktpreise bisher nicht nennenswert ausgewirkt und machen weniger als zehn Prozent des BIP aus. Ohnehin lässt sich die Arbeitslosigkeit mit Ölförderung nur schwer flächendeckend bekämpfen, zumal bestehende Gesetze zur ausgewogenen und nachhaltigen Verwendung der Einnahmen bislang nicht eingehalten werden. Steigende Weltmarktpreise könnten das Thema allerdings künftig wieder auf die Agenda bringen und der neuen Regierung in die Karten spielen.

Eine anhaltende Energiekrise hat die Wirtschaft zusätzlich belastet – vor allem kleine Unternehmen. Präsident Mahama hatte erst gegen Ende seiner Amtszeit zumindest kurzfristig wirksame Lösungen für die zuvor ständig auftretenden Stromausfälle präsentiert.

Falsche Wahlkampfstrategie des NDC

Die wirtschaftliche Lage und die hohe Arbeitslosigkeit waren die alles dominierenden Themen im Wahlkampf. Angesichts der ausbleibenden positiven Entwicklung

waren letztlich einmal mehr »*bread-and-butter issues*« entscheidend – also Themen, die sich im Alltag spürbar auswirken. Der NDC hat dies jedoch verkannt. Wie die nun siegreiche NPP bereits 2008 scheiterte nun der NDC daran, mit glanzvollen Infrastrukturmaßnahmen zu werben, von deren Realisierung viele Wähler_innen nicht direkt profitieren. In seinem Programm versprach der NDC nachhaltige Jobs durch Industrialisierung, während man auf Wahlplakaten nur große Infrastrukturprojekte sah, die sich zudem auf wenige Regionen konzentrierten. Weder der mit prachtvollen Fontänen zu Ehren des Staatsgründers Nkrumah ausgeschmückte neue Verkehrsknotenpunkt »Kwame Nkrumah Interchange« in Accra noch die Modernisierung eines Marktes in Kumasi sprachen einen Großteil der Ghanaer_innen an. Dabei hätte die Mahama-Kampagne durchaus immerhin auch auf den Bau neuer Schulen und Krankenhäuser verweisen können.

Neoliberale Ideologie und »ein bisschen soziale Gerechtigkeit« im NPP-Programm

Die NPP hatte diesmal hingegen eine einfach zu verstehende zentrale Nachricht, die bei den Menschen angekommen zu sein scheint: In jedem der 216 Distrikte Ghanas möchte man eine Fabrik bauen und somit Jobs schaffen. Durch den Bau von Staudämmen soll darüber hinaus der Norden des Landes unterstützt werden. Ob diese Versprechen angesichts eines schlechten Investitionsklimas und teurer Kredite wirklich realisiert werden können, bleibt abzuwarten. Auch über die Größe der geplanten Fabriken gibt es keine genauen Angaben, aber viele Wähler_innen erhoffen sich dennoch mehr potenzielle Jobs vor ihrer Haustür. 300 mögliche Standorte hat die NPP angeblich bereits identifiziert. Die wirtschaftliche Rentabilität der Betriebe soll im Vordergrund stehen, um Fehler aus den Jahren nach der Unabhängigkeit Ghanas zu vermeiden. Gestärkt werden soll insbesondere auch der Agrarsektor.

Der bereits zum dritten Mal angetretene Nana Akufo-Addo bezeichnet sich selbst als überzeugten Kapitalisten. Das ideologische Fundament ist aufseiten der NPP momentan klarer zu erkennen als beim NDC, der zwar eine ähnliche neoliberale Politik betreibt, diese aber nicht mit der gleichen Offenheit und Überzeugung vertritt. Steuersenkungen für Unternehmen gehören ebenso zum NPP-Programm wie eine stärkere Förderung pri-

vater Investitionen sowie eine erfolgreiche Umsetzung des vom IWF geforderten Schuldenabbaus. Zudem sollen auch Steuern zuverlässiger eingetrieben und die Korruption bekämpft werden. Vor allem an Letzterem wird sich Akufo-Addo messen lassen müssen, denn nur wenn Investitionen effizienter und nachvollziehbarer werden, ist eine Realisierung zentraler Elemente seines Wahlprogramms möglich.

Trotz ihrer eindeutig neoliberalen Grundhaltung gilt die NPP in manchen Kreisen als die »sozialdemokratischere Partei« Ghanas. Unter ihrer Führung gelangen zwischen 2000 und 2008 – sicher auch angesichts eines allgemein günstigeren Wirtschaftsklimas zu dem äußere Faktoren ihren Teil beitrugen – wichtige sozialpolitische Reformen, etwa im Gesundheitsbereich und hinsichtlich der Bekämpfung extremer Armut. Um diesem Ruf zumindest ein wenig gerecht zu werden, verspricht die NPP diesmal kostenlosen Zugang zum Sekundarschulwesen. Sie zieht damit auch Wähler_innen an, die ideologisch vermeintlich dem NDC näherstehen – sofern »Ideologie« in der ghanaischen Politik überhaupt eine messbare Größe ist.

Friedliche Wahlen trotz Verunsicherung

Eines haben die ghanaischen Wähler_innen in jedem Fall geschafft: Die Wahlen sind erneut friedlich abgehalten worden. Seit Einführung der Verfassung im Jahr 1992 haben nunmehr drei erfolgreiche Regierungswechsel stattgefunden. Auch John Mahama gestand seine Niederlage letztlich klaglos ein und sagte, er respektiere den Willen des ghanaischen Volkes.

Die Vehemenz, mit der im Vorfeld auf die Bedeutung gewaltfreier Wahlen hingewiesen worden war, ließ sehr wohl die Frage nach den Gründen für die durchaus in der ghanaischen Öffentlichkeit vorhandene Angst zu. Die oben beschriebene Unzufriedenheit mit der Regierungspolitik und der wirtschaftlichen Entwicklung sowie eine sich daraus potenziell ergebende »Demokratiemüdigkeit« könnten hierbei eine entscheidende Rolle gespielt haben.

Insgesamt waren 81 der 275 Wahlkreise als potenzielle Gewalterde eingestuft worden, deutlich mehr als noch im Jahr 2012. Dennoch blieb es weitgehend friedlich. Ausruhen sollte man sich hierauf allerdings nicht. Die prekäre soziale Situation sowie die tiefe Spaltung des

Landes in zwei rivalisierende politische Lager birgt ausreichend Potenzial für etwaige Spannungen und scheint tendenziell zuzunehmen. Beleidigungen des politischen Gegners waren im Wahlkampf an der Tagesordnung. Dass eine zweite Wahlrunde dieses Mal nicht nötig war, wurde daher mit Erleichterung aufgenommen.

Wahlkommission mit Licht und Schatten

Im Vorfeld der Wahlen war die Rolle der Wahlkommission ein wichtiges Thema. Die NPP hatte sie vielfach kritisiert und gegen ihre Entscheidungen prozessiert. Die erst seit 2015 amtierende Vorsitzende der Wahlkommission, Charlotte Osei, hinterließ einen sehr engagierten, aber nicht immer glücklichen Eindruck. Zunächst hat es unter ihrer Führung eine gerichtliche Auseinandersetzung hinsichtlich der Zusammensetzung des Wähler_innenregisters gegeben, bei der die NPP zumindest einen Teilerfolg erringen konnte. Schließlich disqualifizierte die Wahlkommission einen Großteil der (aussichtslosen) Kandidat_innen für die Präsidentschaftswahl aufgrund von Formfehlern, was erneut die Gerichte auf den Plan rief.

Am Wahltag lief letztlich vieles erstaunlich reibungslos ab; die Wahlkommission hatte ihre Hausaufgaben offensichtlich gemacht. Die Einrichtung zusätzlicher Wahllokale und die gezielte Schulung von Wahlhelfer_innen führte zu augenscheinlichen Verbesserungen. Zudem sorgte die Umsetzung einer neuen Wahlgesetzgebung für mehr Transparenz sowie höhere Hürden in Bezug auf Wahlbetrug.

Die Verzögerung bei der Verkündung der Wahlergebnisse schürte aber dennoch Ängste bei den NPP-Anhänger_innen, die Wahlkommission könne Fälschungen zugunsten des NDC vorantreiben. Nana Akufo-Addo verkündete seinen Sieg bereits einen Tag nach der Wahl, während die offiziellen Ergebnisse erst nach zwei vollen Tagen vorlagen. Die Wahlkommission rechtfertigte die lange Wartezeit schließlich u. a. mit einer (letztlich erfolglosen) Cyberattacke, dem Ausbleiben von Unterschriften einzelner Parteivertreter_innen sowie Beschwerden über eine zu hohe Zahl abgegebener Stimmen. Zudem drückte sie ihren Unmut über eine unnötige Zuspitzung der Lage durch die frühzeitige Verkündung des Sieges durch die NPP aus. Die NPP spielte diesen Ball jedoch zurück und machte die Wahlkommission sowie die unnötig lange Wartezeit für einzelne Zwischenfälle verantwortlich.

Sowohl Mahama als auch Akufo-Addo konnten ihre teils recht aufgebrachten Unterstützer_innen glücklicherweise beruhigen. Hinter den Kulissen waren aber wohl zähe Verhandlungen nötig, um die Situation unter Kontrolle zu halten.

Mahamas Zukunft bleibt ungewiss

Der Wahlausgang erfordert nun einen Neuanfang aufseiten der Verlierer_innen. Will sich der NDC neu aufstellen und an Strahlkraft gewinnen, muss er zunächst geent werden. Angesichts der ungewissen Zukunft John Mahamas drohen offene Flügelkämpfe. Mahama hatte direkt nach den Wahlen angekündigt, sich »zunächst« zurückziehen und für drei Monate erholen zu wollen. Mit einem NDC-Kongress zur Festlegung des weiteren Fahrplans wird daher frühestens im Juni 2017 gerechnet. Dann könnte Mahama, allen Kritiker_innen zum Trotz, wieder die Führungsrolle beanspruchen. Mehrere NDC-Politiker_innen, u. a. der stellvertretende Energieminister, haben sich bereits öffentlich für eine erneute Kandidatur Mahamas ausgesprochen.

Einiges spricht jedoch dagegen. Nicht zuletzt sind in diesem Zusammenhang Korruptionsvorwürfe zu nennen, die sicher auch ihren Teil zur verheerenden Wahlniederlage beigetragen haben. Mahama geriet im abgelaufenen Jahr persönlich in die Kritik, weil er ein Fahrzeug von einer Baufirma als Geschenk angenommen hatte, das vermeintlich mit der Vergabe eines Straßenbauprojektes im Zusammenhang stand. Gerichte sprachen Mahama zwar von Korruptionsvorwürfen frei, kritisierten aber ausdrücklich die Annahme des Geschenks.

Dass sich Korruption unter Mahamas Administration ausgebreitet zu haben scheint, lässt sich auch an anderen Fällen ablesen: Der frühere NDC-Justizminister und Generalstaatsanwalt Martin Amidu wandte sich 2014 gegen die Mahama-Administration, da diese sich weigerte, Bestechungen und Gefälligkeiten durch den Unternehmer Alfred Woyome einzugestehen und entstandenen Schaden für die Staatskasse zurückzufordern. Auch der Bruder John Mahamas steht immer wieder in der Kritik, u. a. angesichts einer verdächtig erscheinenden Auftragsvergabe, von der er indirekt profitiert haben soll. Selbst eine strafrechtliche Verfolgung John Mahamas oder zumindest seines Bruders und dessen Frau ist für die Amtszeit Nana Akufo-Addos nicht auszuschließen.

Personelle Alternativen des NDC und der »Jerry-Faktor«

Inhaltliche Auseinandersetzungen innerhalb des NDC scheint es kaum zu geben, vielmehr sind es machtpolitische und taktische Gründe, an denen John Mahama im Falle einer weiteren Bewerbung um die NDC-Spitzenkandidatur scheitern könnte. Parteigründer Jerry Rawlings war mit Mahama zuletzt immer unzufriedener und trat im Wahlkampf kaum in Erscheinung, was einige Stimmen gekostet haben dürfte. Die für ghanaische Verhältnisse geringe Wahlbeteiligung von unter 69 Prozent (2012: 79 Prozent) deutet zudem darauf hin, dass viele verdrossene NDC-Anhänger_innen, vor allem in der Volta-Region, aus der Rawlings stammt, zu Hause geblieben sind.

Rawlings bescheinigte NPP-Kandidat Akufo-Addo sogar, »unbestechlich« zu sein und versetzte Mahama damit womöglich den finalen Dolchstoß. Er könnte nun einen Alternativkandidaten zu Mahama durchsetzen und sich einmal mehr auf die Fahne schreiben, die Korruption innerhalb des NDC beenden zu wollen. Einige einflussreiche NDC-Funktionär_innen hatten insbesondere nach dem Regierungsantritt des im Amt verstorbenen Ex-Präsidenten Atta-Mills im Jahre 2008 sowie unter dessen direkten Nachfolger Mahama unterschwellig an der »Dämonisierung« von Rawlings gearbeitet, der das Land zunächst in einer Militärdiktatur und dann ab 1992 mit der Abhaltung freier Wahlen in die Demokratie geführt hatte. Rawlings hat aber weiterhin viele Unterstützer_innen.

Ausschließen lässt sich wohl eine Rückkehr der Ehefrau von Jerry Rawlings, Nana Konadu Agyeman-Rawlings, in die Führungsriege des NDC. Sie hatte die Partei im Streit um eine Kandidatur verlassen und 2012 die National Democratic Party (NDP) gegründet, mit der sie bisher jedoch keine nennenswerten Erfolge verzeichnen konnte. Eine wesentlich bessere Figur machte in der Vergangenheit der charismatische Arbeitsminister Haruna Iddrisu. Er ist vor allem in Gewerkschaftskreisen hoch angesehen. Eine Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2020 könnte für ihn jedoch noch zu früh kommen, zumal seine Herkunft (er kommt wie Mahama aus dem Norden) sowie seine Loyalität zu John Mahama gegen ihn sprechen. Auch die Chancen von Handelsminister Ekwow Spio-Garbrah, der bereits im zurückliegenden Vorwahlkampf als Herausforderer Mahamas im Gespräch war, gelten als fraglich. So könnte letztlich ein momentan noch eher unbekannter Kandidat das Ruder übernehmen.


Auch auf administrativer Ebene dürfte es beim NDC Veränderungen geben. Weder der eigentlich hoch angesehene Generalsekretär Asiedu Nketia noch Wahlkampfleiter Kofi Adams machten zuletzt eine glückliche Figur. Beide übernahmen die Verantwortung für die Wahlniederlage. Neben einer schlechten Strategie soll, so ist zu hören, auch die Veruntreuung von Kampagnengeldern ausschlaggebend gewesen sein. Infolgedessen steht wohl ein Umbau parteiinterner Strukturen bevor.

Neue programmatische Ansätze dringend nötig

Bislang haben die ghanaischen Wähler_innen seit 1992 alle acht Jahre für eine Ablösung der Regierungspartei gesorgt. Viele erwarten nun, dass jetzt auch der NPP acht Jahre Zeit gewährt werden. Das klare Wahlergebnis kann jedoch schnell zur Bürde werden. Die progressiven Kräfte im Land, gleich welcher parteipolitischen Couleur, sollten die vier Jahre bis zur nächsten Wahl nutzen, um eine Agenda für nachhaltiges Wachstum und dessen gerechte Verteilung zu erarbeiten. Das »*Winner takes it all*«-System, d. h. die Bevorzugung der eigenen Klientel bei der Vergabe öffentlicher Ämter und Aufträge durch die Wahlsieger, darf ebenso wenig als alternativlos angesehen werden wie der neoliberale Ruf nach Deregulierung und ungezügelter freier Marktwirtschaft.

Kleine Parteien konnten leider erneut keinen signifikanten Anteil des zu verteilenden Kuchens für sich beanspruchen, und derartige Tendenzen sind auch nicht abzusehen. Veränderung kann also auf absehbare Zeit nur von den beiden großen Blöcken ausgehen. Immerhin: Die Klarheit des Votums der Wähler_innen scheint zu zeigen, dass diesmal einer großen Zahl der Ghanaer_innen inhaltliche Prioritäten und der Ruf nach einem echten Wandel wichtiger waren als ethnisch oder traditionell bedingte Wahlgewohnheiten. Sollte sich dieser Trend in Zukunft bestätigen, kann Ghana davon nur profitieren.

Der NDC betonte in der Stunde der Niederlage seine sozialdemokratischen Ideale. Der scheidende Präsident dankte »der Führung des NDC, all seinen Mitgliedern, Wahlkampf Helfern und Sympathisanten für den Glauben in die Prinzipien der Sozialdemokratie und ihren Einsatz für die Vision des NDC«. Die Spezifika dieser Vision soll-



ten nun sehr bald erarbeitet und machtpolitische Auseinandersetzungen begraben werden. Eventuell kann es dann gelingen, die programmatischen Unterschiede zur NPP wieder klar erkennbar zu machen. Im Vorfeld der Wahlen beschuldigten sich die beiden großen Parteien gar gegenseitig, ihre Wahlprogramme voneinander abschreiben zu wollen. Kein Wunder in einem Land, in dem sich die vermeintlichen Sozialdemokrat_innen dem IWF-Mantra vollständig unterworfen haben. Die NPP hat die Zeit in der Opposition immerhin zur Kooperation mit einer Vielzahl von Think-Tanks genutzt. Ähnliches ist nun auch für den NDC denkbar und könnte dabei helfen, eine klarere programmatische Linie zu entwickeln.

In einem seltenen Moment im Wahlkampf lies der *Chief of Staff*, Julius Debrah, erahnen, dass ein Verständnis für sozialdemokratische Werte beim NDC durchaus vorhanden sei. Er verkündete, Präsident Mahama stehe für gleiche Möglichkeiten für alle, unabhängig von Rasse, Farbe, Glaube oder politischer Zugehörigkeit. Er wolle allen Ghanaer_innen helfen, ihre vollen Potenziale zu entfalten. Dazu bedürfe es einer angemessenen Regulierung der Wirtschaft und strategischer Investitionen. Auch Julius Debrah werden Chancen auf eine wichtige Rolle im »neuen NDC« zugestanden. Es bleibt zu hoffen, dass er und seine Parteigenoss_innen diesen Worten auch Taten folgen lassen werden.



Über den Autor

Christopher Forst ist seit Juli 2016 als Projektassistent im FES-Auslandsbüro Ghana tätig. Er hat einen Masterabschluss in EU-Russia Studies von der Universität Tartu (Estland).

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Afrika
Hiroshimastr. 17 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:
Dr. Manfred Öhm, Leiter, Referat Afrika

Tel.: +49-30-269-35-7456 | Fax: +49-30-269-35-9217
<http://www.fes.de/afrika>

Bestellungen/Kontakt:
Janine.Kaliga@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-95861-744-5